



Deutschlandweite Proteste – Unzufriedenheit und Wut nicht nur unter Bauern



Eine neue Protestwelle der Bauern startet am 8. Januar in verschiedenen deutschen Städten. Viele andere Berufsgruppen, wie Spediteure, Lokführer, Gastronomen und Handwerker schließen sich an. Auch sie leiden unter den Maßnahmen der Ampelregierung und fürchten um ihre Existenz. Durch diese verfehlte Agrarpolitik wird nicht nur die Existenz der Bauern, sondern die der gesamten Gesellschaft gefährdet!

Im Haushalt der deutschen Bundesregierung klafft gerade ein großes Loch. Milliardensummen müssen eingespart und die grüne Agenda soll gleichzeitig weitergeführt werden. Bei den Bauern geht es konkret um die Einsparung von etwa 1 Milliarde Euro durch die Streichung der Subventionen für Agrardiesel und der bisherigen Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer für Landwirtschaftsfahrzeuge. Dagegen wehrten sich die Bauern schon im Dezember und riefen zu einer Großdemonstration in Berlin auf. Mit 1.500 Traktoren blockierten sie komplett die Straße zum Brandenburger Tor.

Zu Jahresbeginn 2024 bahnt sich nun eine enorme Ausweitung dieser Protestaktionen an. Ein erster Höhepunkt ist der 8. Januar 2024, der eine Protest-Woche mit anschließender Großdemonstration am 15. Januar 2024 in Berlin einläutet.

Alfons Wolff: Bundessprecher der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN

„Der Protest geht weiter. Die Steuerpläne der Bundesregierung müssen weg und zwar ersatzlos. Lass uns dafür im neuen Jahr auf die Straße gehen mit allen gemeinsam, egal, welcher Verband und mit all den Bürgern, die sich bereits uns angeschlossen haben. Das Scheitern der Ampelkoalition hilft uns alleine nicht weiter. Wir brauchen Perspektiven. Und selbst AfD und CDU haben dem Gesetzvorschlag zugestimmt, was kaum zu glauben ist. Nicht nur die ungerechtfertigten Steuern sind heute unser Problem. Die Freien Bauern fordern ein grundsätzliches Umsteuern in der Agrarpolitik.

Weg mit „Green Deal“ und „Farm to Fork“. Weg mit den überzogenen Auflagen und der wahnsinnigen Bürokratie. Weg mit dem Preisdruck durch Importe, die nicht nach unseren Standards produziert wurden. Weg mit dem Preisdruck durch Monopole in vor- und nachgelagertem Bereich. Weg mit Gentechnik, Laborfleisch und Insektenfraß. Und vor allen Dingen auch weg mit den Wölfen aus unserer Kulturlandschaft. Wir fordern eine Neuausrichtung der Agrarpolitik.“

Den Bauernprotesten schließen sich immer mehr andere Berufsgruppen, wie Spediteure, Lokführer, Gastronomen und Handwerker an. Auch sie leiden unter den Maßnahmen der Ampelregierung und fürchten um ihre Existenz.

Aus aktuellem Anlass strahlen wir deshalb im Anschluss noch einmal die Doku „Bauernopfer“ aus. Sie beleuchtet Hintergründe und Strategien dieser verfehlten Agrarpolitik, mit der nicht nur die Existenz der Bauern, sondern [die] der gesamten Gesellschaft gefährdet wird.

von ah., rw.

Quellen:

Alfons Wolf von den Freien Bauern
<https://www.youtube.com/watch?v=0bdOiDnWw0U>

Das könnte Sie auch interessieren:

- #Politik - www.kla.tv/Politik
 - #Landwirte - www.kla.tv/Landwirte
 - #DemoBerlin - www.kla.tv/DemoBerlin
 - #Bauernproteste - www.kla.tv/Bauernproteste
-

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.